

Leistungsbeschreibung

Die ausgeschriebene Organisationsuntersuchung wurde vom Rat der Stadt beschlossen und soll drei Untersuchungsbereiche im Amt umfassen. Zu erstellen ist eine IST-Analyse, darauf aufbauend eine Identifizierung der Handlungsfelder und letztendlich eine Soll-Konzeption mit konkreten Handlungsempfehlungen.

Ausgangslage im Ressort

Das Ressort 104 „Straßen und Verkehr“ ist dem Geschäftsbereich „Verkehr, Umwelt, Grünflächen und Geodaten“ zugeordnet, ist in 6 Abteilungen organisiert und umfasst ca. 180 Beschäftigte. Ein Organigramm ist den Vergabeunterlagen beigelegt (Anlage „Organigramm104.pdf“).

Die Aufgabenerfüllung des Ressorts steht regelmäßig im Fokus der Öffentlichkeit und der Politik.

Dies resultiert insbesondere aus der in den letzten Jahren extrem gestiegenen Erwartungshaltung von Politik und Bürgerschaft nach unmittelbarer Erfassung und Erledigung ihrer Anliegen. Dagegen stehen die Finanz- und Personalnot im Ressort und ein damit einhergehender stetiger nicht mehr aufzuhaltender Verfall der Infrastruktur.

Die Erwartungshaltung zeigt sich in vielfältigen verkehrspolitischen Wünschen und Anforderungen zur Neubewertung von Verkehr und kommunaler Infrastruktur in Richtung einer lebenswerten und erlebenswerten Stadt mit mehr nichtmotorisiertem Verkehr, Lärm- und Emissionsreduktionen und erheblichen Verkehrssicherheitsverbesserungen.

Diese Anforderungen kumulieren in Verkehrs- und Baumaßnahmen auf öffentlichen Flächen, also Straßen, Wegen, Brücken und Treppen, die mit Veränderungen und Beeinträchtigungen in der Nutzung bis hin zu Sperrungen einhergehen. Maßnahmen dieser Art sind neben den Baumaßnahmen Eingriffe in den Parkraum, Genehmigungen von Veranstaltungen im öffentlichen Raum oder die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für verschiedenste Zwecke wie etwa Gestattungen von Außengastronomie.

Auch die Reaktionen der Betroffenen und der Politik im Zusammenhang mit der Erhebung von Erschließungsbeiträgen zeigen die beschriebene Erwartungshaltung.

Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass im Ressort Aufgaben von hoher Sensibilität und mit einigem Konfliktpotential zu erfüllen sind.

Aufgaben des Ressorts

Die Aufgabenerfüllung findet im Spannungsfeld zwischen verschiedensten Interessenlagen, großen Erwartungshaltungen und der Beachtung der gesetzlichen Vorgaben statt.

Das Kerngeschäft der Tätigkeiten des Ressorts:

- als Untere Straßenverkehrsbehörde gemäß Straßenverkehrsgesetz NRW
- als Straßenbaulastträger und als untere Straßenbaubehörde gemäß Straßen- und Wegegesetz NRW
- als Aufgabenträger für den ÖPNV
- als verkehrsplanende Behörde

richtet sich nach o. g. gesetzlichen Bestimmungen und stellt sowohl Pflichtaufgaben als auch hoheitliche Aufgaben dar.

Daraus ergeben sich verschiedenste Aufsichts- und Verkehrssicherungspflichten, deren mangelnde Erfüllung erhebliche straf- und haftungsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen können.

Zu diesen umfassenden Aufgaben aus den gesetzlichen Regelungen kommt eine Vielzahl von Anfragen aus der Bürgerschaft sowie Aufträge, kleine und große politische Anfragen, Prüfaufträge und Beschlüsse aus 10 Bezirksvertretungen und den zuständigen Ratsgremien, mit denen bereits getroffene Entscheidungen hinterfragt und zusätzliche, auch wiederholte Prüfungen und Berichte gefordert werden.

Dies resultiert aus der oben beschriebenen großen öffentlichen Bedeutung des Aufgabenspektrums und der direkten Betroffenheit der Bürger, Verkehrsteilnehmer und Straßenanlieger.

Der damit verbundene Aufwand, der zusätzlich zu den Pflichtaufgaben in den Fachbereichen entsteht, ist u. a. begründet durch die Gemeindeordnung, die Hauptsatzung und die Zuständigkeitsordnung der Stadt. Diese Beteiligungsrechte sind in den vergangenen Jahren immer weiter detailliert und gestärkt worden und werden dadurch auch zunehmend eingefordert.

Darüber hinaus nimmt die Zahl der Bürgeranfragen und offiziellen Bürgeranträge nach § 24 GO zu, die in dem rechtlich vorgeschriebenen Verfahren bearbeitet werden müssen und dadurch personelle Ressourcen binden.

Personelle Situation des Ressorts

Die beschriebene Erwartungshaltung und der stetige Aufgabenzuwachs haben in Verbindung mit einer stetigen - planbaren und unplanbaren - Fluktuation zu einer Schieflage in der Personalausstattung geführt.

In den vergangenen Jahren hat es eine Vielzahl von Überlastungs- und Risikoanzeigen in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen gegeben.

In den beiden Bereichen

- Straßenbetriebshof und
- Team Verkehrslenkung in der Straßenverkehrsbehörde

erfolgten zudem Effizienz- und Organisationsuntersuchungen jeweils mit dem Ergebnis, dass zusätzliches Personal für die Aufgabenerfüllung unverzichtbar ist.

Inhalt der Organisationsuntersuchung

Vor dem Hintergrund der geschilderten Situation wird eine für das ganze Ressort umfassende Effizienz- und Organisationsuntersuchung nicht für sinnvoll gehalten.

Die politischen Gremien haben daher entschieden, den Schwerpunkt der Organisationsanalyse auf die Aufgaben, Prozesse und Strukturen zu legen, die das größte Optimierungspotential aufweisen.

Diese sind von den Führungskräften des Ressorts in zwei Work-Shops identifiziert worden.

Wichtige Kriterien sind dabei die Vorgaben zur Erfüllung der Pflichtaufgaben, die gestiegenen Anforderungen und Aufgabenzuwächse, die politische Schwerpunktsetzung, die Schnittstellen zwischen Politik und Verwaltung und die zunehmenden Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

Aus diesem Grund sind die folgenden Leistungen zu erbringen:

1. Überprüfung des Zusammenwirkens der verschiedenen Ebenen, die an der Entscheidungsvorbereitung und -findung von wichtigen Maßnahmen und Projekten des Ressorts beteiligt sind.

Dabei sind die unterschiedlichen Rollen und Funktionen – von der Sachbearbeitung bis zur obersten Führungsebene der Verwaltung und der politischen Entscheidungsebene – zu klären und Vorschläge für Effizienzsteigerungen bei den Strukturen und Abläufen zu unterbreiten.

In die Überprüfung sind auch die Schnittstellen zu anderen Fachbereichen der Stadtverwaltung, vor allem das Ressort Stadtentwicklung und Städtebau sowie das Ressort Bauen und Wohnen, mit einzubeziehen.

Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis der Zusammenarbeit zu entwickeln, um eine Beschleunigung von Entscheidungen und damit der Umsetzung von Maßnahmen zu erreichen.

2. Überprüfung des Aufgabenbereiches „Verkehrsplanung“:

Hier sind die Anforderungen insbes. im Hinblick auf die Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs und in Bezug auf die Umsetzung zahlreicher Anfragen und Aufträge der politischen Gremien zu Maßnahmen zur Umgestaltung des öffentlichen Verkehrsraums erheblich angestiegen.

Deshalb ist dieses Aufgabengebiet besonders zu betrachten, um es zukunftsorientiert aufzustellen. Denn es ist zu erwarten, dass die Herausforderungen hier in Zukunft weiter zunehmen werden.

Die Überprüfung muss sich mindestens auf folgende Aspekte beziehen:

1. Festlegung der Schwerpunktaufgaben und -projekte im Bereich Verkehrsplanung in den kommenden Jahren nach Maßgabe der Politik
2. Darstellung der Prozesse sowie internen und externen Schnittstellen in diesem Aufgabenfeld; Unterbreitung von Vorschlägen zur Effizienzsteigerung.
3. Personalbemessung:
Ermittlung des notwendigen Bedarfs an Personal, das erforderlich ist, um diese Aufgaben, bestmöglich und in der gebotenen Qualität zu erfüllen.

Bei der Personalbemessung muss sichergestellt werden, dass Fördermittelprogramme bestmöglich für Verkehrsprojekte und -maßnahmen in Anspruch genommen werden können.

Deshalb müssen Kapazitäten für die Auswertung von Förderprogrammen, für die auf konkrete Maßnahmen bezogene und mit Aufwand verbundene Antragstellung und für die Planung und Umsetzung der mit Fördermitteln realisierbaren Einzelmaßnahmen personell mit eingerechnet werden.

Ziel muss es sein, dass Wuppertal bestmöglich von Förderprogrammen im Bereich Verkehr profitieren kann.

3. Untersuchung eines weiteren noch festzulegenden Schlüsselprozesses des Ressorts, der herausgehobene Außenwirkung hat und Darstellung von Optimierungsvorschlägen und Aussagen zur angemessenen Personalausstattung

Dieser Prozess wird nach Auftragsvergabe gemeinsam mit dem Auftragnehmer festgelegt.

Folgende Maßnahmen sind jeweils für die 3 Untersuchungsbereiche durchzuführen:

- a) Ist-Analyse der Aufgaben, Strukturen und Prozesse
- b) darauf aufbauend Identifizierung der Handlungsbedarfe
- c) Entwicklung einer Soll-Konzeption mit konkreten Verbesserungsvorschlägen und den für die Umsetzung notwendigen Rahmenbedingungen (personell, organisatorisch, finanziell)

Als Ergebnis ist ein schriftlicher Ergebnisbericht in gebundener Form (drei Ausfertigungen) vorzulegen, der auch in einer Präsentationsversion zu erstellen ist.

Teil des Angebotes muss die Vorlage eines Konzeptes sein, in dem Sie Ihre Herangehensweise an eine strukturierte Bearbeitung des Auftrages transparent darstellen.

Dazu gehören die von Ihnen geplanten Organisationsstrukturen zur Abstimmung zwischen Auftraggeber und Ihnen sowie ein Projekt –und Zeitplan mit Meilensteinen.

Die Bewertung der Angebote erfolgt auf der Grundlage der eingereichten Angebotsunterlagen; sofern die formalen Eignungskriterien erfüllt sind, werden die Vertreter der acht günstigsten Angebote zu **einer 30- minütigen Präsentation ihres Konzeptes** mit anschließender Nachfragemöglichkeit eingeladen.

Die Präsentation erfolgt vor einem städtischen Auswahlgremium, das sich zusammensetzt aus Vertretern des Haupt- und Personalamts, des Fachressorts Straßen und Verkehr und des Personalsrats.